

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Rieser,  
Fernruf Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1580,  
Circulasse:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 125.

Dienstag, 31. Mai 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezüge kein Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Der Reichspräsident bei der Kabinettsneubildung.

Streng verfassungsmässiges Vorgehen Hindenburgs. — Entscheidung erst am Mittwoch.

Berlin, 31. Mai.

Ueber die Besprechung des Reichspräsidenten mit den sozialdemokratischen Parteiführern erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen, daß Hindenburg energisch betont habe, für ihn sei nach seiner ganzen Vergangenheit der Schutz der Verfassung eine Selbstverständlichkeit. Daraus werde man entnehmen können, daß der Reichspräsident den Wunsch habe, ein Kabinett zu bilden, das mit einer parlamentarischen Mehrheit zu regieren versucht. Hindenburg schiene sich allerdings auch darüber klar zu sein, daß ein neues Kabinett ebensowenig wie das bisherige ganz ohne Notverordnung auskommen werde. Es dürfte sich bei den bisherigen Absichten des Reichspräsidenten wiederum um ein Kabinett der Mitte handeln. An den in der Öffentlichkeit vielfach als Kanzlerkandidaten genannten Freiherrn von Geyl solle jetzt nicht gedacht sei, sondern an eine mehr nach der Mitte tendierende Persönlichkeit, etwa den Grafen Westarp, der im Reichstag der Volkserhaltenden Gruppe angehört. Der Reichspräsident hoffe, den neuen Reichskanzler bereits am Mittwoch ernennen zu können. Wenn die von ihm betraute Persönlichkeit nicht auf allzugroße Schwierigkeiten stoße, so könnte man also damit rechnen, daß das neue Reichskabinett Ende der Woche zusammengestellt wäre.

### Lange Unterredung Hindenburg — Hitler

In Berliner politischen Kreisen verzeichnet man mit großer Genugtuung, mit welcher Energie der Reichspräsident bereits gestern Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts aufgenommen hat, um die Krise so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden bis Dienstagabend abgeschlossen sein, so daß der Reichspräsident am Mittwoch mit den Persönlichkeiten Fühlung nehmen kann, die in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.

Als Kandidaten stehen jetzt, wie schon gesagt, in vorderster Linie Graf Westarp, ferner ein bekannter preußischer Politiker der deutschnationalen Volkspartei und eine dem Zentrum nahestehende Persönlichkeit. Etwas genaueres wird sich hierzu aber erst sagen lassen, wenn sich aus den Besprechungen mit den Parteiführern die Basis für die Fühlungnahme mit den Persönlichkeiten ergeben hat, die der Reichspräsident für geeignet hält.

Ueber die Besprechungen mit den Parteiführern wird naturgemäß an zuständiger Stelle Stillschweigen bewahrt. Es ist aber immerhin bezeichnend, daß der Empfang der sozialdemokratischen Führer nur sehr kurz war, während Adolf Hitler mit dem Hauptmann Goeting etwa 3/4 Stunden im Hause des Reichspräsidenten weilte. Es würde nur seiner Haltung bei früheren Regierungskrisen entsprechen, wenn der Reichspräsident, wie man sicher annehmen kann, nicht daran denkt, sich von den Fraktionen irgendwelche Bedingungen stellen zu lassen. Dabei ist es der Persönlichkeit Hindenburgs nach selbstverständlich, daß er absolut und streng verfassungsmässig vorgeht, und daß alle Gerüchte über ein Direktorium, ein Militärrat oder dergleichen vollkommen abwegig sind.

Was der Reichspräsident erstrebt, ist ein Kabinett, das aus lauter und tüchtigen Persönlichkeiten zusammengesetzt ist, die den Parteien und Gruppen vom Zentrum bis zur äußersten Rechten nahesteht; ein Kabinett, das also im Reichstag von dieser Seite her zum mindesten toleriert würde.

Auf diese Weise würde eine Reichsregierung gebildet, die der Verlagerung der politischen Willenskraft des Volkes entspricht, wie sie bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist. Entwickeln sich die Bemühungen um die Beseitigung der Krise normal, so kann man wohl damit rechnen, daß es der Initiative des Reichspräsidenten gelingt, das neue Kabinett bis Ende der Woche zu bilden.

In politischen Kreisen hat man sich bereits den Kopf darüber zerbrochen, ob es zu einer Auflösung des Reichstags und zu Neuwahlen kommen werde. Dagegen spricht im Augenblick zweifellos die Beunruhigung, die neue innerpolitische Kämpfe in diesem Augenblick bringen würden, wo wir vor wichtigen außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungen stehen, für die ja die neue Reichsregierung so bald wie möglich aktiviert werden muß. Schon deshalb wird es als zweckmäßig angesehen, die Reichstagsauflösung gegenwärtig zu vermeiden und sie zum mindesten einem Augenblick vorzubehalten, der durch die weitere Entwicklung zu einem späteren Zeitpunkt gegeben sein könnte.

### Das zurückgetretene Kabinett Brüning.



Oben, von links: Reichsinnen- und provisorischer Reichswehrminister Groener — Dietrich (Finanzminister) — Dr. Brüning (Reichskanzler und Außenminister) — Dr. Joel (Justizminister) — Dr. Stegerwald (Arbeitsminister) — unten, von links: Schiele (Minister für Ernährung und Landwirtschaft) — Staatssekretär Trendelenburg (beauftragt mit der Leitung des Wirtschaftsministeriums) — Trevisanus (Verkehrsminister) — Dr. Schäkel (Reichspostminister) — Schlange-Schöningen (Minister ohne Portefeuille, Reichskommissar für Dähle und Stedingsmelken).

### Das Ergebnis der Vormittagsverhandlungen.

Berlin. (Funkpruch.) Bisher haben alle Parteien, mit deren Vertretern der Reichspräsident gesprochen hat, erkennen lassen, daß sie bereit sind, an der Lösung der Regierungskrise mitzuwirken. Jedoch haben die Führer des Zentrums erklärt, daß ihre Partei nicht in der Lage sei, sich an irgendeiner Kombination zu beteiligen. Die Stimmung geht beim Zentrum offenbar dahin, zunächst abzuwarten, wie die neue Regierung ausfällt. Eine positive Beteiligung des Zentrums an dem Präsidialkabinett kommt aber nach diesen Erklärungen nicht in Frage. Dadurch würde freilich die Tolerierungsbasis des neuen Kabinetts im Reichstag vorläufig nicht gesichert. Aber es gilt nun als sicher, daß keine Hoffnung mehr besteht, Dr. Brüning für das auswärtige Amt zu gewinnen, wie es dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprochen hätte. Selbstverständlich wird der Reichspräsident heute nachmittag seine Bemühungen in der bisherigen Linie fortführen und man rechnet weiter damit, daß es ihm bis heute abend gelingt, soweit Klarheit zu schaffen, daß er morgen mit den Persönlichkeiten Fühlung nehmen kann, die nach seiner Auffassung in erster Linie für das Kanzleramt in Frage kommen.

### Die Nationalsozialisten wollen die volle Verantwortung übernehmen.

Berlin. (Funkpruch.) Die dem Nachrichtenbüro des NSD, von nationalsozialistischer Seite erklärt wird, nahmen die Besprechungen Adolf Hitlers und Goerings mit dem Reichspräsidenten einen befriedigenden Verlauf. Dieser Eindruck bei den nationalsozialistischen Unterhändlern sei darauf zurückzuführen, daß Reichspräsident von Hindenburg sich in dem Gespräch nicht abgeneigt gezeigt habe, einer neuen Reichsregierung die Ermächtigung zur Reichstagsauflösung zu geben. Im übrigen dürfte Hitler erklärt haben, daß für die Nationalsozialisten keine Regierung, wie sie auch immer aussehen möge, tragbar sein würde, die den Charakter einer Kompromißregierung haben würde. Andererseits aber seien die Nationalsozialisten jederzeit bereit, nicht nur die Regierung, sondern die volle Verantwortung zu übernehmen, immer allerdings unter der Voraussetzung, daß der Reichstag neu gewählt werde.

Im übrigen verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß die Kandidatur des Grafen Westarp für das Kanzleramt in den Hintergrund getreten sei, und daß man jetzt an den rechtsgerichteten Zentrumsmitgliedern von Papen denke. Adolf Hitler dürfte jedoch auch darüber keinen Zweifel gelassen haben, daß von Papen gleichfalls nicht auf eine Tolerierung durch die Nationalsozialisten rechnen könne.

In nationalsozialistischen Kreisen denkt man sich die weitere Entwicklung offenbar so, daß zunächst ein Kabinett unter nationalsozialistischer Führung und unter Beteiligung der Deutschnationalen, vielleicht auch der Deutschen Volkspartei, gebildet werde, das mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag trete und diesen dann auflöse. Die Einberufung des Reichstages würde dann allerdings so verzögert werden müssen, daß die Neuwahlen, die nach Artikel 23 der Reichsverfassung spätestens am 30. Tage nach der Auflösung stattfinden haben, erst nach der Ernte, also Mitte September, vorgenommen werden könnten.

### Nationalsozialistische Erklärungen zum Sturze Brüning's.

München. (Funkpruch.) Zum Austritt des Kabinetts Brüning schreibt Dr. Goebbels im „Völkischen Beobachter“: Eine halbe Lösung komme nicht mehr in Frage. Brüning sei nicht nur als Kanzler, sondern auch als Außenminister unmöglich geworden. Der Reichspräsident wolle auf dem üblichen parlamentarischen Wege zu einer Neubildung des Kabinetts kommen. Das könne nichts anderes bedeuten, als daß die nationale Opposition, geführt und repräsentiert durch Adolf Hitler und seine Bewegung, die Dinge entscheidend bestimme. Ein Kabinett des besonderen Vertrauens des Reichspräsidenten hätte vorerst keine andere Aufgabe zu lösen, als den Reichstag nach Hause zu schicken, Neuwahlen auszusprechen, die Organisations-, Agitations- und Demonstrationsfreiheit für die nat.-soz. Bewegung wiederherzustellen und durch den Appell an die Nation Übereinstimmung zu schaffen zwischen dem Willen des Volkes und seiner parlamentarischen Vertretung.

Auch Alfred Rosenberg nimmt im gleichen Blatt zum Austritt des Kabinetts Brüning Stellung und spricht die Überzeugung aus, daß Brüning Hitler Platz machen müsse, gleich, wie schnell sich der Übergang auch vollziehen möge.

### Fortsetzung der Parteiführerempfangs bei Hindenburg

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des NSD, meldet, setzte Reichspräsident von Hindenburg heute Dienstag vormittag die Besprechungen für die Regierungsneubildung fort. Zunächst erschien der Führer des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, beim Reichspräsidenten. Ihm folgten für die Deutschnationale Volkspartei die Abg. Dr. Eugenberg und Dr. von Winterfeld. Darauf wurde der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Dingeldey empfangen. — In den frühen Nachmittagstunden sind die Führer der Wirtschaftspartei, Treusch und Wollath, zum Reichspräsidenten berufen worden. Die Wirtschaftspartei hatte bereits vorher in einer Fraktionsabstimmung im Reichstag die Lage durchgesprochen, während der Abg. Dingeldey seiner Fraktion am Nachmittag über das Ergebnis der Besprechungen mit Hindenburg Bericht erstatten will. Im Laufe des Nachmittags werden vom Reichspräsidenten noch empfangen der Führer der Staatspartei, der gleichfalls im Anschluß daran vor seiner Fraktion sprechen will, sowie der Führer der Bauern Volkspartei, dessen Fraktion am Mittwoch vormittag einberufen ist.